

Trump schlägt 30% Zölle auf EU-Importe vor - Handelskrieg droht!

US-Präsident Trump kündigt Zölle von 30 % auf EU-Importe ab 1. August 2025 an, was zu Spannungen in transatlantischen Beziehungen führt.



Vienna, Österreich - Am 12. Juli 2025 hat US-Präsident Donald Trump neue Zölle von 30 Prozent auf Importe aus der EU und Mexiko angekündigt. Laut **vienna.at** gelten die neuen Zölle ab dem 1. August 2025. Trump äußerte sich via seiner Plattform Truth Social und kritisierte das bestehende Handelsdefizit der USA mit der EU. Er fordert eine Verlagerung von Produktionen in die Vereinigten Staaten und droht mit weiteren Anhebungen der Zölle, sollten europäische Vergeltungsmaßnahmen folgen.

Die Ankündigung ist eine Fortsetzung der angespannten Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EU. Ursprünglich plante Trump, Zölle von bis zu 50 Prozent auf EU-Importe zu erheben. Verhandlungen mit der EU sind im Gange,

jedoch betrachten EU-Vertreter Trumps Drohungen als Verhandlungstaktik. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen warnte vor möglichen Störungen der transatlantischen Lieferketten und bekräftigte den Willen der EU, eine diplomatische Lösung zu finden.

Position der EU und möglicher Gegenmaßnahmen

Die EU plant bereits Gegenmaßnahmen, die Sonderzölle auf US-Produkte beinhalten könnten. Italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni rief zur Vermeidung von Polarisierungen auf und unterstützte die EU-Kommission in der Krise. Auch der niederländische Ministerpräsident Dick Schoof kritisierte die US-Zölle und forderte eine geschlossene europäische Antwort gegenüber den Handelsanforderungen der USA.

Zusätzlich zu den Zöllen auf europäische Importe hat Trump angekündigt, auch Zölle auf Länder wie Japan, Südkorea, Kanada und Brasilien einzuführen, was ein Zeichen für eine breitere Handelskonfliktstrategie ist.

Wirtschaftliche Auswirkungen der Zölle

Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Zölle auf die EU-Exporte könnten gravierend sein. Ein pauschaler Zollsatz von 25 Prozent würde eine Reduktion der EU-Exporte in die USA um die Hälfte mit sich bringen, so eine Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (**DIW**). Besonders betroffen wären Schlüsselbranchen wie die Pharmabranche, Transportausrüstung und Kraftfahrzeuge. Im Durchschnitt würde das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU um 0,25 Prozent sinken, wobei Deutschland einen Rückgang von etwa 0,33 Prozent verzeichnen könnte.

Um potenzielle Verluste durch die Zölle zu kompensieren, könnte die EU den Fokus auf den Ausbau ihrer

Handelsbeziehungen zu Freihandelspartnern wie Kanada, Mexiko, Japan und Vietnam legen. Die Stärkung dieser Beziehungen könnte helfen, die wirtschaftlichen Schäden eines Zollkonflikts zu neutralisieren und langfristig BIP-Wachstum in allen EU-Ländern zu fördern.

Die Debatten im Europäischen Parlament über die Zolldrohungen der Trump-Regierung zeigen die Besorgnis der EU über die langfristigen Folgen dieser Handelspolitik. Führungspersönlichkeiten aus der EU fordern eine Fortsetzung der transatlantischen Zusammenarbeit, um die Beziehungen zu stärken und Lösungen zu finden, die sowohl EU- als auch US-Interessen berücksichtigen. Laut dem polnischen Minister für europäische Angelegenheiten, Adam Szłapka, ist ein offener und fairer internationaler Handelsansatz notwendig, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vienna.at• www.europarl.europa.eu• www.diw.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at